übernommen wird. In Polen war das in der Übergangsphase sehr oft der Fall. Im polnischen Rechtssystem gilt das Prinzip der Weiterführung der Beschäftigung, wenn ein Betrieb in andere Hände übergeht. Das bezieht sich nur auf den Arbeitsvertrag und betrifft andere Verträge nicht. Lediglich Verträge, die nach dem Artikel 23 des Arbeitsrechtsgesetzes abgeschlossen wurden. Der Artikel 23 des Arbeitsgesetzes verpflichtet die Arbeitgeber dazu, die Mitarbeiter darüber zu informieren, dass er diesen Betrieb übernimmt.

Bei der Übernahme eines Betriebes von einem neuen Arbeitgeber – z.B. aufgrund der Privatisierung, haben daher alle Arbeitnehmer eine Garantie, dass sie über Artikel 23 in den neuen Betrieb übernommen werden. Der Zeitraum, in dem diese Garantie gesetzlich besteht, beträgt 12 Monate. In Folge der Privatisierung hat aber auch die Gewerkschaft nach dem Artikel 23 des Arbeitsgesetzes die Möglichkeit, soziale Bestimmungen auszuhandeln. In Sozialvereinbarungen mit solchen privatisierten Betrieben kann die Gewerkschaft auch eine längere Beschäftigungsgarantie erwirken.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft führte in den 90er Jahren zu einer sehr breiten Privatisierung. Die Gewerkschaften wurden dadurch vor neue Aufgaben gestellt. Sie beziehen sich vor allem auf die Aushandlungen der sozialen Pakete mit dem potentiellen Investor. Unserer Meinung nach sollten die Gewerkschaften schon in der Phase der Suche nach einem neuen Eigentümer an den Verhandlungen beteiligt sein. Aber das ist in Polen nicht der Fall. In der Regel ist der sogenannte „Staatsschatz" Eigentümer des staatlichen Betriebes und dort müssen die Bedingungen der Übernahme, das Beschäftigungspaket schon eingereicht werden. Es wäre viel praktischer, wenn die Arbeitnehmervertreter an den Verhandlungen mit dem potentiellen Investor beteiligt sein könnten. Das Paket über den Schutz der Beschäftigung im Falle der Kapitalprivatisierung ist im „Gesetz über die Kommerzialisierung und Privatisierung" in Polen geregelt.

Im Weiteren möchte ich Ihnen kurz vorstellen, wie wichtig die Funktion der Gewerkschaften bei der Gewährleistung der Sozialleistungen ist. Auf der Grundlage der Vorschriften über den betrieblichen Fonds für Sozialleistungen ist die Sozialtätigkeit ziemlich breit ausgelegt. Alle Verpflichtungen der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern sind dort festgehalten: die Erholungsformen, die materielle Unterstützung für Wohnzwecke, die Haltung der Sozialobjekte im Eigentum des Betriebes und anderes mehr. Der betriebliche Fonds für Sozialleistungen wird vom Arbeitgeber im Rahmen der Vorschriften der Finanzwirtschaft in Form einer jährlichen Abschreibung gebildet. Die Grundsätze für die Bewirtschaftung und die Inanspruchnahme dieses Fonds für Sozialtätigkeit sind in einer Satzung festgelegt, die abgestimmt wird zwischen den Gewerkschaften und den jeweiligen Unternehmen. In der Praxis schlägt der Arbeitgeber eine Satzungsbestimmung für die Verteilung dieses Fonds vor, aber er kann die Satzung nicht umsetzen ohne Abstimmung mit den Gewerkschaften. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass die Tarifverträge in den Unternehmen die Höhe der Abschreibung beliebig festlegen können. Sie können auch festlegen, dass der Fonds nicht gebildet wird. In diesem Falle wird der Arbeitgeber aber verpflichtet, dass

die Urlaubsleistungen in der Höhe der grundsätzlichen Abschreibung, also 37,5 % ausgezahlt werden. Das Gesetz über den betrieblichen Fonds der Sozialleistungen verpflichtet den Arbeitgeber, diese Mittel in Abstimmung mit den Gewerkschaften auszunutzen. Das ist für die Gewerkschaften auch ein Ausdruck von Freiheit in der Entscheidung.

Das Gesetz über die Tarifverträge in Unternehmen erlaubt die Mitbestimmung der Gewerkschaften in einem sehr breiten Feld. Dieses Gesetz gibt die Möglichkeit der Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Festlegung der Entlohnung in den einzelnen Berufsgruppen in dem jeweiligen Betrieb, die Festlegung der Arbeitszeit, die Festlegung der Pflichten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Gesetzgeber verpflichtet die Parteien zu Verhandlungen im guten Glauben und mit Beachtung der Interessen der jeweiligen Partei. Das wurde 1996 nötig, da es früher in anderen Rechtsregelungen keine solchen Hinweise oder Empfehlungen gab. Deshalb sind oft die Verhandlungen ohne Gründe unterbrochen worden. Diese Festlegung im Gesetz führt dazu, dass die Gewerkschaften in aller Ruhe und ziemlich schnell den Tarifvertrag aushandeln können. Damit möchte ich meinen Vortrag beenden. Wenn Sie Fragen haben, bin ich gern bereit sie zu beantworten.

Dem zweiten Teil der Veranstaltung lag die Frage zugrunde, ob und inwieweit der Gedanke der Beschäftigungspakte auch auf die grenzübergreifende Zusammenarbeit der regionalen Akteure zu übertragen ist. Dabei ging es zunächst darum, zu ermitteln, inwieweit in der Grenzregion der Gedanke der Beteiligung unterschiedlicher Akteure am betrieblichen und regionalen Strukturwandel verankert ist, welche institutionellen Voraussetzungen bereitstehen und welche Ansatzpunkte für ein konkretes Projektvorhaben sich ermitteln lassen.

6. Diskussion:

Grenzüberschreitender Beschäftigungspakt Elbe/Neiße – Arbeitsplätze für die Grenzregion

Manuela Renner, Stiftung für Innovation und Arbeit Sachsen:
Regionale Strukturpolitik benötigt Kooperation der lokalen Akteure

Die Stiftung für Innovation und Arbeit ist entstanden, weil die Massenarbeitslosigkeit, die Langzeitarbeitslosigkeit nach der Wende immer weiter angestiegen ist. Als keine Besserung eintrat und man merkte, dass man das mit den traditionellen Mitteln der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung nicht mehr ausgleichen kann, suchte man neue Wege. Dazu haben sich Partner zusammengefunden: Gewerkschaften, Arbeitge-

berverbände und die Gebietskörperschaften. Es ging um die Besinnung auf die eigenen Kräfte, um in der Region die kreativen, innovativen Potenziale aufzugreifen, sie zu unterstützen und zum Erfolg zu bringen. Als Organisationsform für dieses Anliegen wurde 1997 die Stiftung für Innovation und Arbeit Sachsen (IAS) gegründet.

Das Besondere dieser Stiftung ist die Parität im Stiftungsrat: Arbeitgeberverbände, die Gebietskörperschaften und die Arbeitnehmer sind in gleicher Stärke vertreten. So sind die Arbeitnehmer im Stiftungsrat durch Hanjo Lucassen und Hasso Düvel vertreten. Die Stiftung, das ist auch ein neues Prinzip, hat sich über ganz Sachsen regional organisiert. Entsprechend den Planungseinheiten in Sachsen gibt es fünf Regionalforen. Diese stellen das politisch entscheidende Gremium dar, das über regionale Entwicklungsvorhaben entscheidet. Den Regionalforen als organisatorische Einheit zugeordnet ist die Regionalstelle.

Ich komme aus der Regionalstelle Oberlausitz/Niederschlesien. Unser Betreuungsbereich reicht von Kamenz, Hoyerswerda bis nach Zittau, Bautzen, Bischofswerda.

Auch das Regionalforum Oberlausitz-Niederschlesien setzt sich aus einem paritätisch besetzten Beirat zusammen. Die Gewerkschaften sind z.B. durch Bernhard Sonntag (DGB) und André Koglin (1. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Bautzen) vertreten. Die zwei Vertreter von den Gebietskörperschaften sind für unsere Region Landrat Stange, Landkreis Löbau-Zittau, und Herr Wiesheu aus dem Regierungspräsidium Dresden. Dabei sind auch zwei Unternehmer, die die Arbeitgeberschaft vertreten. Wir haben uns elf Arbeitsgruppen geschaffen, die unterschiedliche Themen und Initiativen versuchen weiterzuentwickeln und aufzugreifen.

In den elf Arbeitsgruppen arbeiten ungefähr 150 Akteure zusammen. Schwerpunkt ist die Stärkung der Lausitzer Unternehmen mit Hilfe des Verbund- und Kooperationsansatzes. Wir unterstützen die Unternehmen beim Aufbau von Zulieferketten oder bei der Schaffung von Netzwerken, um gemeinsam auch neue Produkte, neue Verfahren entwickeln zu können. Um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen, organisieren wir gemeinsame Marktauftritte. Unser großes Ziel ist die Erhaltung und natürlich die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region.

Gerade in der Oberlausitz/Niederschlesien hat nach der Wende ein Strukturumbruch stattgefunden. Die traditionellen Industriezweige – Kohle/Energie, Textil, Maschinenbau – sind nicht mehr die Standbeine. Die KMU, denen wir gerne Unterstützung geben wollen, haben im Durchschnitt 10 bis 12 Beschäftigte. Diese Unternehmen haben meistens keine Forschungs- und Entwicklungskapazitäten mehr, sind verlängerte Werkbänke mit niedriger Exportquote. Deswegen sind diese Unternehmen auch zu Kooperationen gezwungen, um gemeinsam Projekte umzusetzen und um eine gewisse Stabilität in die Unternehmen zu bringen. Wir verstehen uns also als Dienstleister für die Unternehmen. Unsere Stiftung ist industriepolitisch ausgelegt. Deswegen auch dieser deutliche KMU-Bezug, der im Vordergrund steht.

Einer unserer gegenwärtigen Schwerpunkte ist das Knüpfen von länderübergreifenden Netzwerken zu Brandenburg. Seit vorigem Jahr bis jetzt sind 14 Netzwerke im Aufbau. Diese Netzwerke betreffen die traditionellen Branchen. Es gibt aber auch Netzwerke in den neuen Branchen, wie z.B. Glas, Kunststoffe, nachwachsende Rohstoffe, Textil, Information und Kommunikation, Bodensanierung, Umweltbauten, Maschinen- und Anlagenbau, innovative Oberflächentechnik, Beschichtung – um eine kleine Auswahl von Netzwerken zu nennen. Wir legen großen Wert darauf, dass in diese Netzwerke auch die Hochschulen mit eingebunden sind. Die Hochschulen haben Potenziale an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten anzubieten. Darüber hinaus suchen wir Partnerschaften aus der Politik. Das heißt, unser Ziel bei diesen Netzwerken ist die Umsetzung von gemeinsamen Projekten durch Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

In den 14 Netzwerken gibt es Verantwortliche und Akteure, die länderübergreifend mitarbeiten wollen. Es gibt auch schon Unternehmen, für die die Projekterarbeitung jetzt im Vordergrund steht. Unsere Zielstellung ist, dass wir bis Sommer zumindest einen Teil von Projekten zum Erfolg führen können. Letztlich wird dieser Prozess vielleicht 20, 30 Jahre in Anspruch nehmen. Die Unternehmen wurden nach ihren Schwachpunkten befragt, nach ihrem Hilfebedarf, nach ihren Potenzen und auch, was für andere nachzunutzen wäre. Welche Themen wir gemeinsam bearbeiten können und welcher Nachholbedarf besteht. Die Weiterbildung, die Qualifizierung von Fachkräften ist ein Mangel, den alle Netzwerke dargestellt haben und an dem wir ansetzen können. Diese Qualifizierung von Fachkräften lässt sich auch grenzübergreifend, also zu Polen und Tschechien, anbieten.

Im Netzwerk Bodensanierungszentrum z.B. geht es um die vielen Industriebranchen in der Region. Die Böden sind kontaminiert. Sie müssen durch Mikroorganismen, Pflanzen und anderes aufbereitet werden. Dieses Bodensanierungszentrum will sich auch international betätigen, grenzüberschreitende Möglichkeiten für Sanierungsvorhaben in Polen, Tschechien und Ungarn aufbauen. Es könnten dort neue Firmen entstehen, die die verunreinigten Böden diesseits und jenseits der Grenze sanieren. Auch unter dem Netzwerk Glas gibt es Ideen, die tschechischen und polnischen Glasbetriebe in die Arbeit des Netzwerkes einzubeziehen. Eigentlich gibt es fast in jedem Netzwerk Ideen, in Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung auch nach Polen und Tschechien zu schauen und deren Potenziale mitzunutzen.

Stephan Hennig, IG Metall, Verwaltungsstelle Bautzen:
Der Strukturwandel der Textilindustrie in Ostsachsen

Es ist sicher etwas verwunderlich, wenn jemand von der IG Metall für den Bereich der Textilindustrie spricht. Das hängt damit zusammen, dass wir als IG Metall seit 1998 für Textil und seit 2000 auch für den Holz- und Kunststoffbereich zuständig sind.

Wir haben im ostsächsischen Raum im Vergleich zu 1989/90 jetzt noch etwa 7 % der Kapazitäten in der Textil- und Bekleidungsindustrie. In den letzten Jahren hat es einen enormen Rückgang bei den Beschäftigten, bei den Arbeitsplätzen, aber natürlich auch bei den Betrieben gegeben. Große Betriebe in der Textilindustrie charakterisieren wir heute schon mit 200 Beschäftigten – das sind Unternehmen, die 1989 noch 30.000 Beschäftigte hatten. Andererseits stellen wir fest, dass sich in den letzten Jahren die Textilindustrie in Sachsen stabilisiert und sogar eine Aufwärtsentwicklung genommen hat. Vergleicht man Kennziffern, Umsatz, erzielte Preise – so schneidet die ostdeutsche Textilindustrie mit Sachsen als Konzentrationspunkt im Wesentlichen besser ab als die Textilindustrie der alten Bundesländer.

Insofern ist das, was jetzt noch an Textilindustrie in Sachsen vorhanden ist, durchaus lohnenswert. Es lohnt sich, das Augenmerk stärker darauf zu lenken, um die vorhandenen Potenziale zu erschließen. Vorhandene Potenziale, warum? Wir haben festgestellt, dass es in den letzten zehn Jahren keine nennenswerten Neuansiedlungen im textilen Bereich gegeben hat, nicht in Ostsachsen, nicht in der Oberlausitz. Konkret kam ein amerikanisches Tochterunternehmen nach Görlitz – und das war es auch schon. Wenn wir aber sagen, die Textilindustrie muss in Ostsachsen als bestimmter Bereich bleiben, dann müssen wir die vorhandenen Potenziale der Unternehmen stärker erschließen. Die Unternehmen müssen innovativer am Markt agieren können. Hier treffen wir uns wieder mit der Zielstellung der Stiftung Innovation und Arbeit. Wir wollen innovative Prozesse in den Unternehmen fördern und begleiten.

Frau Besse hat heute früh erzählt, wieviel Fördermittel auch im Rahmen der EU zur Verfügung gestellt werden. Aber Unternehmer, Geschäftsführer wissen, dass der Schlüssel zum Geld oftmals schwer zu finden ist. Fördermittel zu erschließen und bewilligt zu bekommen, ist oftmals schwerer, als Steine schneiden. Insofern verstehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Stiftung so, dass wir hier unterstützen, Lobbyarbeit leisten und gerade die kleinen Unternehmen oder Existenzgründer im textilen Bereich auf diesem Weg begleiten und an den Geldtopf heranführen.

Gerade wenn man die Sparte der technischen Textilien sieht, so ist das eine Zukunftsbranche. Innerhalb der Textilindustrie hat diese Branche eine überproportional positive Entwicklung genommen. Es gibt heute Einsatzbereiche für technische Textilien, die man sich noch vor Jahren nicht vorstellen konnte. Man ist heute in der Lage, mit technischen Textilien Stahl in Betonbauwerken zu ersetzen und damit leichtere Bauweisen mit einer höheren Tragfähigkeit zu erreichen. Technische Textilien finden heute auch immer mehr Einsatzbereiche im Flugzeug- und Fahrzeugbau.

Im Rahmen des InnoRegio-Wettbewerbes haben sich in der Textilindustrie sechs Einzelprojekte entwickelt, die überwiegend im Bereich technischer Textilien angesiedelt sind. Dort geht es um neue Verfahren der Oberflächenbeschichtung und neue Herstellungsverfahren. Das ist schon ein Ansatzpunkt, mit dem die ostsächsische Textilindustrie in die Zukunft gehen kann.

Eine Reserve sehe ich noch in einer stärkeren Verknüpfung der grenzüberschreitenden Potenziale. Wir haben sowohl hier im ostsächsischen Raum als auch im polnischen Raum und im tschechischen Raum Textilindustrie angesiedelt. Erste Ansätze gibt es im Waggonbau in Niesky. Im Güterwaggonbau gibt es konkrete Beziehungen zu einem Zulieferbetrieb in Ceska Lipa. Es gibt ein erstes Projekt, das sich auf die Textilindustrie, insbesondere die Leinenindustrie bezieht. Dort wird im Rahmen eines INTERREG-Projektes versucht, Potenziale der Leinenindustrie in einem Unternehmen in Hirschfelde, der Leinenindustrie in Polen und in Tschechien zu erschließen, um am Ende gemeinsam agieren zu können. Darin sehe ich für die Unternehmen auf der polnischen und tschechischen wie auch auf unserer Seite gewaltige Potenziale, um uns stärker am Markt zu behaupten.

Frau Dr. Jana Smejková, Direktorin Arbeitsamt Most:
Aktivitäten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Arbeitsämter

Es geht uns in Böhmen um die Vielfalt der Industrie. Wir wollen keine Monostruktur, keine Monoindustrie, sondern ein vielfältiges Angebot auf dem Arbeitsmarkt. Wir möchten auch regional Produkte herstellen und nicht nur alles einführen, wie das früher war. Früher gab es bei uns nur Kohle, die man ausgeführt hat, und alles andere: Brot, Mehl, hat man eingeführt. Man hat nichts angebaut, nichts hergestellt, und auf solcher Basis ist es sehr schwer, mit leichter Industrie anzufangen. Aber wir bereiten mehrere Gewerbegebiete vor und da gäbe es große Chancen, mit Existenzgründern zu beginnen. Aber das ist alles eine Frage von Geld. Große Chancen haben auch die Städte, Kommunen, weil eine Stadt, die z.B. Grundstücke, Liegenschaften hat, auch ein guter Arbeitgeber und Unternehmer wäre.

Aber jetzt zu den schon bestehenden grenzüberschreitenden Programmen, die wir mit Sachsen haben. Ein sehr interessantes Programm ist ein Bildungsprojekt mit der Firma Softex. Das erste sehr gute Projekt war das Projekt Bildungsarbeit. Über 90 % der Teilnehmer haben nach dem Projektende eine Arbeit gefunden. Selbst wenn sie nicht in der nahen Umgebung eine Arbeit finden, dann können sie über Internet eine Arbeitsstelle irgendwo anders finden. Sie bekommen mehr Souveränität, mehr Selbstbewusstsein. Sie glauben mehr an sich, auch wenn ihnen etwas nicht gleich gelingt. Sie können weitergehen und es noch mal versuchen. Kenntnisse der Computertechnik, das ist eine sehr gute Voraussetzung für die Beschäftigung. Interessant ist, dass nicht nur sehr junge Leute, sondern auch ältere Menschen mitmachen. Aber sie müssen eine Beziehung zur Technik haben, dürfen keine Angst davor haben, wie ich.

Ein weiteres, sehr interessantes Projekt heißt Meta. Das Projekt wurde durch die EU gefördert. Das waren Studienaufenthalte mit vier Arbeitsämtern. Die Mitarbeiter haben an Studienaufenthalten in Arbeitsämtern in Annaberg und Freiberg teilgenommen. Wir haben dann auch Schüler und Studenten ausgetauscht. Unsere Schüler haben Schulen in Annaberg besucht und Schüler aus Annaberg waren in Most. Die

Ausbildungssprache war Englisch. Englisch hat weder die eine noch die andere Seite gut gesprochen, aber trotzdem haben sie sich gut verstanden.

Ein sehr gutes Projekt wird mit der Wirtschaftskammer gemacht. Wir haben ein langfristiges Projekt vorbereitet, in dem es die Möglichkeiten geben wird, auch Finanzen aus anderen Quellen zu bekommen. Bei uns waren Leute meistens angestellt, also Arbeitnehmer. Uns fehlen die Arbeitgeber. Aber für die Gründung eines Unternehmens, muss man selbst noch lange lernen. Über Rekultivierungen glaube ich, dass wir Kontakte aufnehmen könnten. Das ist ein Bereich, in dem wir auch für Menschen ein breites Feld sehen, die dann entlassen werden – hauptsächlich im Bergbau.

Aber ich möchte jetzt ein bisschen ausführlicher über ein Projekt sprechen, das mir persönlich sehr gefällt. Das ist ein Bereich, in dem man viele Arbeitsplätze schaffen könnte: das sind soziale Dienstleistungen. Wie überall gibt es bei uns auch Netzwerke von Sozialeinrichtungen und Sozialleistungen, also von Gesundheitswesen, Pflege, Ausbildung. Trotzdem gibt es viele Menschen, die nicht in diesem sozialen Netz aufgefangen werden. Sie erfüllen die Bedingungen nicht. Man kann sie nicht im Krankenhaus unterbringen, in keiner Anstalt. Das sind Leute, die zu Hause sind, körperlich oder geistig betroffene Menschen nach Unfällen, nach Krankheiten. Das sind Fälle, in denen die Familie sehr überfordert ist. Die Frau kann z.B. nicht arbeiten gehen, sie muss diesen Menschen pflegen, betreuen. Das sind Sachen, die nicht nur finanziell sehr anspruchsvoll sind, sondern auch psychisch sehr belasten.

Man könnte unterschiedlich darüber nachdenken. Wenn man z.B. ein Werk baut, kann man 1.000 Leute beschäftigen. Das sieht sehr gut aus, das könnte sehr viel helfen. Aber wenn wir sagen: das kann doch nicht jeder machen. Ich kann doch nicht jeden in meinen Haushalt lassen. Das muss ein vertrauensvoller Mensch sein. Er darf nichts klauen oder jemanden verletzen. Es ist also sehr kompliziert, solche Sachen zu entwickeln. Aber weil wir das erprobt haben, kann ich sagen, dass es ein Bereich ist, der bei uns in Tschechien sehr schwach entwickelt ist. Da gibt es noch viel Raum, viele Möglichkeiten. Wir haben versucht, so ein Zentrum zu errichten, aus dem wir diese Arbeit organisieren könnten. Wir haben Kontakte mit der „Lebenshilfe Freiberg" angeknüpft und nach ihren Erfahrungen und Kenntnissen gefragt. Dann haben wir die Gründung einer gemeinnützigen Einrichtung initiiert. Diese Initiative schöpft verschiedene Töpfe und Quellen ab und wenn sie dann Gewinn erwirtschaftet, dann benutzt sie das wieder für den Betrieb. Ich glaube, dass es solche Formen überall gibt. Diese gemeinnützige Einrichtung hat nicht nur geschützte Werkstätten und geschütztes Wohnen zu errichten und zu betreuen. Ich sage ein Beispiel: Bei uns gibt es viele Familien, die in der Pflege z.B. mental betroffene oder körperlich betroffene Kinder haben. Hier haben sie die Chance, diesen Menschen, das kann ein kleines Kind, aber auch ein Erwachsener sein, z.B. frühmorgens zu bringen. Dann gibt es jetzt Beschäftigungen für sie, z.B. Ausbildung oder Arbeit. Es gibt geschützte Werkstätten, dort gibt es auch geschütztes Wohnen. Wir nennen das „Wohnen auf dem halben Weg". Sie wohnen in der Woche während der Arbeitstage dort und übers Wochenende kommen sie wieder nach Hause.